

Markus Herbrand

(A) (Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Inhaltlich fällt es nämlich auch bei aufmerksamer Betrachtung äußerst schwer, eine deutlich veränderte Situation gegenüber dem bekannten Sachstand der letzten Jahre zu erkennen. Nach jahrelangen Recherchen von vielen zum Teil ausgesprochen hochmotivierten, hochqualifizierten Journalisten und auch hochmotivierten ehemaligen Kollegen sind die Erkenntnisse weitgehend überschaubar. Mehr noch: Es gibt sie eben nicht, die bahnbrechende Entwicklung, die CDU und CSU hier herbeiargumentieren wollen. Oder um es anders auszudrücken: Wirklich alle in der Sache Beteiligten wurden in den vergangenen Jahren und zum Teil mehrfach zu allen möglichen Zusammenhängen und Hintergründen befragt.

Auch vermag ich nicht zu glauben, dass sich Erinnerungslücken durch einen erneuten Untersuchungsausschuss schließen lassen. Das kann man gut finden, das kann man schlecht finden; aber man sollte nicht einfach darüber hinwegsehen. Aufgrund fehlender neuer Erkenntnisse sieht die FDP derzeit keine Notwendigkeit für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag.

Es ist meines Erachtens vielmehr so, liebe Kollegen der Union: Weil Ihnen die Ergebnisse der bisherigen Befragungen im Finanzausschuss und im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hansestadt Hamburg nicht gefallen, instrumentalisieren Sie dieses parlamentarische Gremium nun dazu, Schlagzeilen zu produzieren.

(B) (Beifall bei der FDP und der SPD – Katja Mast [SPD]: Genau!)

Im Übrigen gilt, dass die von der Union im Antrag angesprochenen Themen ihrem Wesenskern nach weitgehend nach Hamburg verortet gehören. Genau deshalb gibt es dort schon diesen Ausschuss. Es ist wirklich schleierhaft, inwiefern ein Untersuchungsausschuss des Bundestages Erkenntnisse zu möglichen Vorgängen im Hamburger Oberbürgermeisterbüro oder der Hamburgischen Finanzverwaltung sammeln soll. Der Zusammenhang mit der Bundespolitik ist nur in wenigen Teilaspekten gegeben,

(Michael Frieser [CDU/CSU]: Zum Beispiel die Steuer!)

die isoliert betrachtet die Begründung für die Einsetzung des Ausschusses auf Bundesebene sehr dünn werden lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, das alles ist auch gar nicht von der Hand zu weisen. Ich hoffe doch sehr, dass wir darin einig sind, keine parallelen Aufklärungsstrukturen aufbauen zu wollen. Aufklärung: ja. Was wir aber nicht benötigen, sind zwei Ausschüsse in der gleichen Sache. Lassen Sie doch die Hamburger Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeit machen

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD und der Abg. Katharina Beck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und den Untersuchungsausschuss dort arbeiten! Ich glaube, sie wissen ganz genau, was zu tun ist, und brauchen keine Unterstützung von der Seitenlinie. (C)

Vermutlich ist es der derzeitige Lebenstraum mancher in der CDU/CSU, der Ampelkoalition, um Bundeskanzler Scholz das Leben schwerzumachen.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Das macht ihr schon allein!)

Das allein aber sollte nicht der Anspruch an Ihre eigene Arbeit sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Michael Schrodi [SPD])

Auch Sie sollten Interesse daran haben, Ihre Ressourcen gewinnbringender einzusetzen und die künstliche Beatmung eines Themas, das einfach durch ist, zu beenden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Matthias Hauer ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Matthias Hauer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Olaf Scholz möchte gern einen Schlusstrich unter die Aufklärung der Steueraffäre Scholz/Warburg ziehen. (D)

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Ein falsches Feindbild, Herr Hauer! Völlig falsch!)

Aber es ist die Aufgabe des Parlaments, Regierungshandeln zu kontrollieren, genau hinzuschauen, vor allem dann, wenn so viele offene Fragen und Widersprüche wie in diesem Fall bestehen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Michael Schrodi [SPD]: Sie hatten doch die Chance für Fragen! – Katja Mast [SPD]: Sie haben im Ausschuss keine einzige Frage gestellt!)

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, warum sich der Mann, der heute Bundeskanzler ist, mehrfach stundenlang mit einem Banker getroffen hat, gegen den mittlerweile sogar Anklage erhoben wurde: in 14 Fällen der besonders schweren Steuerhinterziehung und wegen eines Steuerschadens von knapp 280 Millionen Euro. Und als Olaf Scholz ihn dreimal traf und ihm dann auch noch hinterher telefonierte, da wusste er, dass gegen den Banker wegen schwerer Steuerhinterziehung ermittelt wird.

(Dr. Mathias Middelberg [CDU/CSU]: So ist es!)

Man darf – ich würde sagen: man muss – von einem Regierungschef wie Olaf Scholz erwarten können, dass er sich mit aller Kraft solchen kriminellen Machenschaften entgegenstellt,

Matthias Hauer

(A) (Beifall bei der CDU/CSU und der LINKEN)

dass er Kriminellen keine Handlungsanweisungen gibt, sondern dass er ihnen klipp und klar sagt, dass sie mit einem Steuerraub nicht davonkommen. Man darf auch erwarten, dass Herr Scholz den Steuerräubern sinnbildlich nicht auch noch den Weg zum Fluchtwagen zeigt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Pascal Meiser [DIE LINKE])

Wir als CDU und CSU haben ja versucht, parlamentarisch alle Register zu ziehen. Wir haben mehrfach versucht, den Bundeskanzler vor dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages dazu zu befragen.

(Michael Schrodi [SPD]: Da haben Sie keine Frage gestellt!)

Das hat die Ampelkoalition mit ihrer Mehrheit gegen die gesamte Opposition mehrfach verhindert.

(Beifall bei der CDU/CSU – Michael Frieser [CDU/CSU]: Hört! Hört! – Katja Mast [SPD]: Sie haben keine einzige Frage gestellt! – Michael Schrodi [SPD]: Sie haben doch keine Fragen gestellt! Warum haben Sie denn nicht gefragt, als Sie es konnten?)

Wir haben eine Aktuelle Stunde beantragt, und Olaf Scholz hat geschwiegen.

(Katja Mast [SPD]: Sie haben keine Fragen gestellt, Herr Hauer!)

(B) – Also, ich will Ihnen mal was sagen: In der Sitzung von Anfang 2020 gab es einen Kanzler auf der Flucht, der nach 45 Minuten wieder weg musste. Er ist später gekommen; er ist früher gegangen. Es gab zwei Minuten Zeit.

(Michael Schrodi [SPD]: Sie konnten fragen! Haben Sie aber nicht!)

Jede Fraktion hatte eine Wortmeldung. Da hat er sich sogar noch an das erinnert, woran er sich heute nicht mehr erinnert – das nur als Zwischenbemerkung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Den Regierungsbefragungen hat er sich entzogen; auch schriftlichen Fragen entzieht sich der Bundeskanzler.

(Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Alles so durchschaubar!)

Berechtigten Fragen von Journalistinnen und Journalisten stellt er sich nicht. Die müssen sogar einklagen, dass Herr Scholz mit ihnen über Cum-ex und seine Warburg-Verstrickungen spricht. Und weil die Ampelfraktionen, weil Herr Scholz da mauert, ist ein Untersuchungsausschuss hier zur Sachverhaltsaufklärung zwingend erforderlich.

Auch Grüne und FDP wollten mal aufklären. Warum haben Herr Schrodi und die SPD eigentlich so viel Angst vor der Aufklärung?

(Michael Schrodi [SPD]: Überhaupt nicht! – weiterer Zuruf von der SPD: Die läuft doch schon längst!)

(C) Hören wir doch mal, was Grüne und FDP zu dem Zeitpunkt gesagt haben, als Herr Schrodi meinte, Herr Scholz habe alles schon vollständig aufgeklärt. Da haben die Grünen behauptet, Olaf Scholz habe den Bundestag belogen, er habe etwas zu verbergen.

(Michael Frieser [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Die FDP hat danach behauptet, Herr Scholz säe Zweifel an seiner Integrität und Glaubwürdigkeit. Politische Einflussnahme sei die einzig plausible Erklärung, das sagen Ihre Kollegen. Doch mit der Regierungsübernahme von FDP und Grünen haben Sie Ihren Aufklärungswillen plötzlich verloren. Den haben Sie wohl an der Pforte Ihrer Ministerien abgegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Katharina Beck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Das stimmt nicht! – Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht richtig! Das wissen Sie ganz genau, Herr Hauer!)

Ich appelliere an Sie: Auch aus Ihren Reihen haben hochgeschätzte Kolleginnen und Kollegen sehr viel Aufklärungsarbeit geleistet. Behalten Sie bitte dieses Aufklärungsinteresse! Opfern Sie es bitte nicht einem blinden Koalitionsgehorsam gegenüber der SPD!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es geht hier um die Durchsetzung von Bundesrecht. Es geht um einen Millionenschaden für den Steuerhaushalt auf Bundesebene. Es geht um das Agieren und die Glaubwürdigkeit des Bundeskanzlers.

(D) Wir haben im Bund deutlich umfassendere Möglichkeiten zur Aufklärung als die Hamburgische Bürgerschaft, und denen wird sich auch der Bundeskanzler nicht entziehen können. Wir werden alles daransetzen, die vollständige Aufklärung der Steueraffäre Scholz/Warburg zu betreiben.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

Matthias Hauer (CDU/CSU):

Wir laden alle Fraktionen dazu ein, sich an dieser Aufklärung zu beteiligen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die nächste Rednerin ist Frauke Heiligenstadt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Frauke Heiligenstadt (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle wissen: Untersuchungsausschüsse sind das schärfste Schwert der Opposition. Das Grundgesetz